

Vorwort zur 72. Ergänzungslieferung

Mit dieser Ergänzungslieferung werden folgende Ergänzungen und Änderungen in den Kommentar aufgenommen:

1. Im Teil StVZO wurden folgende Änderungen aufgenommen:
 - 1.1 In die StVZO wurden die Änderungen durch Artikel 8 der Verordnung zum Neuerlass der FZV vom 20.7.2023 eingearbeitet.
Außerdem wurden die Verweise auf die FZV in den Erläuterungen an den Neuerlass angepasst.
 - 1.2 Es wurde außerdem eine Reihe von wichtigen Erläuterungen zu einzelnen Vorschriften aufgenommen:
 - Änderung der Richtlinie für die Durchführung der Untersuchung der Abgase von Kfz nach Nr. 6.8.2 der Anlage VIIa StVZO („AU-Richtlinie“) durch die Einführung der Messung der Partikelanzahlkonzentration (PN-Messung) (Erläuterung 8 zu § 29)
 - Verbot der Bedienung eines Auslesegeräts eines mobilen Diagnosegeräts nach § 23 Abs. 1a StVO während der Untersuchungsfahrt nach § 29 StVZO (Erläuterung 50 zu § 29)
 - Bekanntmachung der Richtlinie zur Förderung von Komponenten, die eine Verbesserung der Energieeffizienz bei Neufahrzeugen (Nutzfahrzeugen und Trailern) bewirken (Erläuterung 12 zu § 47f)
 - 1.3 In die 6. Ausnahmeverordnung wurden die Änderungen durch Artikel 8a der Verordnung zum Neuerlass der FZV eingearbeitet.
 - 1.4 In die 2. Verordnung über Ausnahmen von straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften wurden die Änderungen durch Artikel 6 der Verordnung zum Neuerlass der FZV eingearbeitet.
2. Im Teil „Nebenvorschriften“ wurden folgende Änderungen aufgenommen:
 - 2.1 Die Verordnung zum Neuerlass der Fahrzeug-Zulassungsverordnung und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 20.7.2023 wurde in den Kommentar aufgenommen.

Mit dieser Verordnung wird das Ziel verfolgt,

- die FZV begrifflich an EU-Recht anzupassen,
- verschiedene Beschlüsse auf Bund-Länder-Ebene hinsichtlich der Vorschriften über die Fahrzeugzulassung umzusetzen und
- mit dem weiteren Ausbau der internetbasierten Fahrzeugzulassung (i-Kfz) das Verwaltungsverfahren für die Zulassung von Kraftfahrzeugen und deren Anhängern für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung effizienter und weniger zeitaufwendig zu gestalten.
- Mit der Verordnung wird die Digitalisierung der Verwaltung vorangetrieben, indem die Vorgabe aus dem Koalitionsvertrag für die 20. Legislaturperiode, proaktives Verwaltungshandeln durch antragslose und automatisierte Verfahren gesetzlich zu verankern (vgl. S. 8 Zeile 176–

Vorwort 72. Ergänzung

178 des Koalitionsvertrages), für den Bereich der Fahrzeugzulassung durch Erweiterung der bereits bestehenden Digitalisierung umgesetzt wird.

Im Rahmen der vorliegenden Verordnung werden hierfür die Vorschriften über die internetbasierte Fahrzeugzulassung (Stufe 4 i-Kfz) erweitert:

1. Das Vertrauensniveau bei der Identifizierung im Rahmen des internetbasierten Verfahrens wird vom Niveau „hoch“ auf das Niveau „substanziell“ erweitert.
2. Juristische Personen erhalten die Möglichkeit, die Zulassungsvorgänge Erstzulassung, Tageszulassung, Umschreibung, Wiederzulassung und Außerbetriebsetzung internetbasiert über die bestehenden Portale der zuständigen Zulassungsbehörden zu nutzen. Der Zugang zu den internetbasierten Verfahren wird durch die Erweiterung des Vertrauensniveaus auf „substanziell“ erleichtert.
3. Es wird die Möglichkeit geschaffen, Oldtimer-, Saison- sowie E-Kennzeichen im Rahmen des internetbasierten Zulassungsverfahrens zu beantragen.
4. Die vollautomatisierte Antragsbearbeitung wird Regelfall bei der Bearbeitung von allen Anträgen in den Portalen der zuständigen Zulassungsbehörden; nur wenn die vollautomatisierte Antragsbearbeitung scheitert, findet die teilautomatisierte Antragsbearbeitung statt.
5. Es wird dem Bedarf der Wirtschaft Rechnung getragen, für ein Fahrzeug eine auf einen Tag befristete Zulassung zu erhalten (Tageszulassung). Hiermit soll die Fahrt befristet auf den einen Tag der Zulassung ermöglicht werden.
6. Die Möglichkeit der sofortigen Inbetriebsetzung eines Fahrzeuges nach Abschluss des internetbasierten Zulassungsverfahrens wird geschaffen.
7. Es wird eine zentrale Großkundenschnittstelle (GKS) beim Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) geschaffen, die es juristischen Personen des Privatrechts, die über 500 Zulassungsvorgänge pro Jahr durchführen, ermöglicht, nach entsprechender Registrierung als Großkunde diese Massenzulassungsvorgänge in einem automatisierten und einheitlichen Verfahren abzuwickeln. Während sich die Anforderungen der juristischen Personen an internetbasierte Verfahren, sofern sie wenige Zulassungen durchführen, kaum von den Anforderungen natürlicher Personen unterscheiden, grenzen sich die Anforderungen der Großkunden davon wesentlich ab. Großkunden agieren oftmals bundesweit und lassen in unterschiedlichen Zulassungsbehörden eine hohe Anzahl an Fahrzeugen zu. Um diese Vorgänge schnell und effizient abwickeln zu können und die Zulassungsbehörden zu entlasten, haben Großkunden einen Bedarf an möglichst automatisierten und bundesweit einheitlichen Zulassungsprozessen. Dieser besondere Bedarf wird über die GKS beim KBA nunmehr gedeckt.

Unter „Hinweise der Autoren“ sind in der II. Gegenüberstellung die Paragraphen und Anlagen der FZV, die bis zum 31.8.2023 galten, und die Paragraphen und Anlagen, die ab dem 1.9.2023 gelten, aufgeführt.

Außerdem wurden einige Erläuterungen neu aufgenommen bzw. aktualisiert:

- Verzeichnis zur Systematisierung von Kfz und ihren Anhängern (Erläuterung 1 zu § 14 FZV)
 - Bekanntmachungen des KBA betreffend die internetbasierte Fahrzeugzulassung und die Standards für die Datenübermittlung (Erläuterung 4 zu § 8 FZV, Erläuterungen 1 bis 4 zu § 18 FZV)
- 2.2 In die FZV-Ausnahmeverordnung wurden die Änderungen durch Artikel 7 der Verordnung zum Neuerlass der FZV eingearbeitet.
 - 2.3 In die Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung, die Autonome-Fahrzeuge-Genehmigungs- und Betriebs-Verordnung, die Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr und die Fahrerlaubnis-Verordnung wurden die Änderungen durch die Verordnung zum Neuerlass der FZV eingearbeitet.
 - 2.4 In die EG-Fahrzeuggenehmigungsverordnung wurde folgende neue Erläuterung aufgenommen:
Abweichende Anforderungen von den europäischen Typgenehmigungsvorschriften für bestimmte nationale Behördenfahrzeuge (Erläuterung 3 zu § 13 EG-FGV)
 3. Im Übrigen wurde der Kommentar aktualisiert und an den geltenden Vorschriften- und Richtlinienstand angepasst. Das Stichwortverzeichnis wurde überarbeitet.

Der Kommentar hat damit den Stand vom 1. September 2023.

Die elektronische Fassung wurde entsprechend den oben aufgeführten Änderungen und Ergänzungen aktualisiert.

Bonn, im Oktober 2023

Die Verfasser